

PRÄSIDENTENKONFERENZ
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICHS

BUNDESGEZEZENTRUM
Zl.-GE/10
Datum: 22. MRZ. 1994
Verfollt

An das
Präsidium des
Nationalrates

Parlament
1010 Wien

10-GE/10-94
Datum: 22. MRZ. 1994
Verfollt 24. März 1994

Dr. Klausgraber

Wien, am 21.3.1994

Ihr Zeichen/Schreiben vom:

-

Unser Zeichen:

5-194/Sch

Durchwahl:

478

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Bundesgesetz betreffend die Grundsätze für Land-
und forstwirtschaftliche Fachschulen geändert
wird

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-
reichs beehrt sich, dem Präsidium des Nationalrates die
beiliegenden 25 Abschriften ihrer Stellungnahme zum o.a.
Entwurf mit der Bitte um Kenntnissnahme zu überreichen.

Für den Generalsekretär:

gez. Dr. Noszek

25 Beilagen

PRÄSIDENTENKONFERENZ DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS

A B S C H R I F T

An das
Bundesministerium für
Unterricht und Kunst

Minoritenplatz 5
1014 Wien

Wien, am 17.3.1994

Ihr Zeichen/Schreiben vom:
Zl. 13.876/1-III/2/94 19.1.1994

Unser Zeichen: Durchwahl:
5-194/Sch 478

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundes-
gesetz betreffend die Grundsätze für Land- und
forstwirtschaftliche Fachschulen geändert wird

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-
reichs beehrt sich, dem Bundesministerium für Unterricht
und Kunst zum vorliegenden Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Bundesgesetz betreffend die Grundsätze für Land-
und forstwirtschaftliche Fachschulen geändert wird folgende
Stellungnahme zu übermitteln:

Die in § 1 des Entwurfes vorgesehene Erweiterung der Aufgabe
der Land- und forstwirtschaftlichen Fachschule von der
Tätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft in Richtung
Aufgabenerfüllung der Land- und Forstwirtschaft im ländli-
chen Raum, wird begrüßt. Vor allem im Sinne einer Multi-
funktionalität der Land- und Forstwirtschaft erscheint
eine diesbezügliche Ergänzung sinnvoll. Zweifellos wird
aber in der Ausführungsgesetzgebung bei neuen Schulmodellen
auf den ursächlichen Zusammenhang mit der herkömmlichen
bäuerlichen Tätigkeit ebenso Bedacht zu nehmen sein, wie
auf eine Schwerpunktsetzung auf die land- und forstwirt-
schaftliche Ausbildung.

- 2 -

Begrüßt wird auch die Einführung einer fachbereichsübergreifenden Fachschule in § 2 Abs. 1 des Entwurfes. Auf diese Weise kann sowohl praktischen Erfordernissen als auch regionalen Entwicklungsmöglichkeiten in optimaler Weise entsprochen werden. Angeregt wird nach der Wortgruppe "in allen Berufen der Land- und Forstwirtschaft" die Wortgruppe einzufügen "samt der Möglichkeit für Zusatzqualifikationen".

Besonders die Möglichkeit der Zweitausbildung in der Land- und Forstwirtschaft ist als begrüßenswert anzusehen. Die Praxis zeigt die Notwendigkeit für Quereinsteiger und Nebenerwerbsbauern entsprechende berufliche Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Dabei sind Bildungswillige älterer Jahrgänge angesprochen.

Die Bereinigung der Diskrepanz zwischen den Fachrichtungen des landwirtschaftlichen Schulwesens und den Ausbildungszweigen in der Land- und Forstwirtschaft im Sinne des land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes wird begrüßt.

Bei dem in § 3 Abs. 4 vorgesehenen Unterrichtsausmaß von mindestens 500 Unterrichtsstunden für Fachschulen, die auf eine vorgelagerte Berufsausbildung oder eine nach der Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht erfolgten Schulausbildung aufbauen, handelt es sich trotz der angeführten Voraussetzungen um einen sehr geringen Umfang, da damit nicht einmal ein Schulsemester erreicht wird. Auch um die Gefahr zu vermeiden, daß damit im internationalen Vergleich Anerkennungs-schwierigkeiten entstehen könnten, wird eine Erhöhung der Mindeststundendauer auf 600 bis 800 Stunden vorgeschlagen.

- 3 -

Im Begleitschreiben des Ministeriums wird um Stellungnahme zur Frage einer Vorschreibung des Pflichtgegenstandes "Lebende Fremdsprache" für die Ausführungsgesetzgebung ersucht. Die Präsidentenkonferenz begrüßt diese Initiative und ist der Ansicht, daß in Hinblick auf eine zeitgemäße Ausbildung eine lebende Fremdsprache - in der Praxis wird es Englisch sein - als Pflichtfach in allen Fachschulen der Land- und Forstwirtschaft eingeführt werden soll.

Das Ministerium erhält die Stellungnahme in 2-facher Ausfertigung. Wunschgemäß werden 25 Abschriften dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

*Der Präsident:
gez. NR Schwarzböck*

*Der Generalsekretär:
gez. Dipl.Ing.Dr. Fahrnberger*

Die Kommission hat in der Vergangenheit mehrfach die Möglichkeit gehabt, die Mitgliedstaaten zu verpflichten, die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen. In der Praxis hat sie sich jedoch nicht dazu geäußert, sondern nur die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Maßnahmen zu ergreifen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Kommission die Mitgliedstaaten in der Regel nicht zwingen möchte, sondern sie nur dazu auffordert, die Maßnahmen zu ergreifen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Kommission die Mitgliedstaaten in der Regel nicht zwingen möchte, sondern sie nur dazu auffordert, die Maßnahmen zu ergreifen.

Die Kommission hat in der Vergangenheit mehrfach die Möglichkeit gehabt, die Mitgliedstaaten zu verpflichten, die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen. In der Praxis hat sie sich jedoch nicht dazu geäußert, sondern nur die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Maßnahmen zu ergreifen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Kommission die Mitgliedstaaten in der Regel nicht zwingen möchte, sondern sie nur dazu auffordert, die Maßnahmen zu ergreifen.

Die Kommission hat in der Vergangenheit mehrfach die Möglichkeit gehabt, die Mitgliedstaaten zu verpflichten, die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen. In der Praxis hat sie sich jedoch nicht dazu geäußert, sondern nur die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Maßnahmen zu ergreifen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Kommission die Mitgliedstaaten in der Regel nicht zwingen möchte, sondern sie nur dazu auffordert, die Maßnahmen zu ergreifen.

Die Kommission hat in der Vergangenheit mehrfach die Möglichkeit gehabt, die Mitgliedstaaten zu verpflichten, die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen. In der Praxis hat sie sich jedoch nicht dazu geäußert, sondern nur die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Maßnahmen zu ergreifen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Kommission die Mitgliedstaaten in der Regel nicht zwingen möchte, sondern sie nur dazu auffordert, die Maßnahmen zu ergreifen.

Die Kommission hat in der Vergangenheit mehrfach die Möglichkeit gehabt, die Mitgliedstaaten zu verpflichten, die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen. In der Praxis hat sie sich jedoch nicht dazu geäußert, sondern nur die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Maßnahmen zu ergreifen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Kommission die Mitgliedstaaten in der Regel nicht zwingen möchte, sondern sie nur dazu auffordert, die Maßnahmen zu ergreifen.